

## Aufsichtsratsmandat für die S-Bahn Berlin

Die AfA-Reinickendorf möge beschließen:

Die KDV-Reinickendorf möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

### **Stärkung der Berliner S-Bahn**

Die SPD-Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Berliner Senats werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass bei einer Neuausschreibung des S-Bahnbetriebes nicht nur auf eine Zerschlagung der S-Bahn auf mehrere Betreiber verzichtet (wie schon auf früheren Landesparteitagen beschlossen), sondern auch wieder ein Aufsichtsratsmandat für das Land Berlin in den Verträgen festgeschrieben wird.

Die SPD-Berlin bekennt sich damit nicht nur für die Einheit der Berliner S-Bahn, sondern nimmt zukünftig auch aktiv seine Verantwortung im Aufsichtsrat wahr.

### **Begründung**

Bei Gründung der s-Bahn Berlin GmbH besaßen sowohl das Land Berlin wie Brandenburg ein Aufsichtsratsmandat in der Berliner S-Bahn. Hierüber konnten sie direkten Einfluss auf die Geschäftspolitik der Berliner S-Bahn nehmen, wie auch ihre Verantwortung für den Berliner Nahverkehr wahrnehmen.

Die Länder verzichteten sie auf die Aufsichtsratsmandate. Diese sind aber ein wichtiger Bestandteil, um Einfluss auf die Betriebs- und Geschäftspolitik der S-Bahn zu nehmen.